



**Erster Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im Rechnungsjahr 2011
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2011 (Stand 31.05.2011). Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung muss bei einem ausgeglichen geplanten Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem negativen Gesamtergebnis von ca. 1,2 Mio. EUR gerechnet werden. Der bisherige Haushaltsverlauf wird insbesondere durch die sich derzeit abzeichnenden Mehraufwendungen bei den Leistungen nach dem SGB II in Höhe von ca. 1,2 Mio. EUR und bei der Jugendhilfe in Höhe von ca. 1,8 Mio. EUR negativ beeinflusst. Als Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2011 ergeben sich Mehrerträge bei den Leistungen im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Die Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen für den Zeitraum Januar bis Mai ist in Anlage 1 dargestellt. Dem Bericht liegt die Entwicklung der ersten fünf Monate zu Grunde. Es kann sich deshalb nur um eine erste Bewertung der Finanzsituation für das Haushaltsjahr 2011 handeln. Im Laufe des Jahres sind größere Abweichungen insbesondere bei den Sozialen Leistungen noch möglich.

2. Stand der Haushaltsrechnung

2.1 Ergebnishaushalt

Nach dem Stand der Haushaltsrechnung Ende Mai 2011 ergeben sich folgende Tendenzen bei den wesentlichen Erträgen und Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr:

2.1.1 Produktgruppe 61.10 Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung wird der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise voraussichtlich 450 EUR je Einwohner betragen (bisher 443 EUR). Zusammen mit einer Abschlusszahlung für das Jahr 2010 in Höhe von 0,5 Mio. EUR führt dies zu Mehrerträgen bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR.

2.1.2 Produktgruppe 61.10 Grunderwerbsteuer

Die positive Wirtschafts- und Konjunktorentwicklung der vergangenen Monate führt zu Mehrerträgen bei der Grunderwerbsteuer gegenüber dem Vorjahr von ca. 1,5 Mio. EUR. Nach der aktuellen Prognose liegt das Gesamtaufkommen 2011 bei ca. 11,5 Mio. EUR. Das sind 0,5 Mio. EUR mehr als veranschlagt.

2.1.3 Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 4,7 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 4,9 Mio. EUR (2010: 4,4 Mio. EUR) um 0,2 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 2,2 Mio. EUR voraussichtlich lediglich ca. 2,0 Mio. EUR (2010: 1,7 Mio. EUR) erzielt werden.

2.1.4 Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen (Haushaltsansatz: 39,3 Mio. EUR) kann voraussichtlich mit Wenigeraufwendungen von 0,1 Mio. EUR gerechnet werden.

2.1.5 Soziale Leistungen

Nach dem derzeitigen Stand werden bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich beim Zuschussbedarf Mehraufwendungen von ca. 3,5 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

a) Produktgruppe 31.10 – Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

- Produkt 31.10.01 – Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege entwickelt sich im Rahmen des Planansatzes.

Es bestehen allerdings Bearbeitungsrückstände. Eine große Einrichtung hat rückwirkend ab 2007 Nachzahlungen im stationären Bereich geltend gemacht. Die Rechnungen müssen einzeln geprüft werden. Ob und in welcher Höhe dadurch Mehraufwendungen entstehen, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

- Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Das Einsparziel konnte bisher nicht erreicht werden.

Die Stellenbesetzung der beiden Fallmanager bzw. der Erstberatungsstelle hat sich schwierig gestaltet. Eine Stelle wird zum 1.7., die andere nach der Sommerpause besetzt.

Das Ergebnis wird sich voraussichtlich im Laufe des Jahres noch aufgrund einmaliger Erträge verbessern.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum BAföG haben auch behinderte Menschen in Einrichtungen bei notwendiger auswärtiger Unterbringung Anspruch auf BAföG-Leistungen. Der Erlass zur Umsetzung und Geltendmachung der Ansprüche des Landkreises an die BAföG-Stellen liegt seit Ende Mai 2011 vor. Mit der Aufarbeitung der Fälle wurde begonnen.

Der Landkreis rechnet in diesem Jahr mit einmaligen Mehrerträgen in Höhe von rund 2 Mio. EUR.

Inwieweit diese Mehrerträge die Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe kompensieren können, muss beobachtet werden. Die Anstrengungen zur Erreichung der Einsparziele gehen unvermindert weiter.

- Produkt 31.10.05 – Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Steigende Unterkunftskosten, auch durch die Rechtsprechung und Mieterhöhungen der GWG sowie der neue Mietspiegel der Stadt Reutlingen wirken sich kostensteigernd aus.

- Andere soziale Hilfen der Produktgruppe 31.10

Bei den Hilfen zur Gesundheit (31.10.03) sind 235.000 EUR Mehraufwendungen für Nachberechnungen bei der Krankenhilfe innerhalb der Hochrechnung berücksichtigt. Die Stadt Stuttgart geht aktuell im Rahmen des Musterverfahrens gegen die AOK in Berufung.

- b) Produktgruppe 31.20 – Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG's) im SGB II liegt noch über dem im Haushalt 2011 angestrebten Zielwert von unter 6 000 (aktueller Stand 6.050 BG`s). Eine deutliche Unterschreitung der BG-Zahl von 6.000 ist trotz guter Konjunktur nicht zu erwarten.

Bei den Kosten der Unterkunft sind ab der Jahresmitte weitere Steigerungen zu erwarten. In der Stadt Reutlingen ist jetzt ein neuer Mietspiegel in Kraft getreten, der erhebliche Auswirkungen auf die Unterkunftskosten hat. Er bildet den wesentlichen Maßstab zur Festlegung der Mietobergrenze. Dies führt zu Kostensteigerungen, die noch nicht genau beziffert werden können. In der Hochrechnung wurden hierfür 500.000 EUR eingerechnet.

Weiterhin kann noch nicht prognostiziert werden, wie sich das Bildungs- und Teilhabepaket auswirkt. Vom Gesetzgeber ist Kostenneutralität vorgesehen. Aktuell stehen die vom Bund vorgeleisteten Erstattungen (ca. 1,3 Mio. EUR) in einem Missverhältnis zu den bisher ausbezahlten Leistungen (ca. 46.000 EUR). Die Bildungs- und Teilhabeleistungen sind noch

nicht richtig angelaufen. Erste Erfahrungen z. B. mit der Abrechnung der ausgegebenen Gutscheine sind abzuwarten.

c) Produktgruppe 31.30 Hilfen für Flüchtlinge

Die Fallzunahme wirkt sich kostensteigernd auf die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aus.

Auch Krankenhilfeleistungen (Hilfen zur Gesundheit) nehmen deutlich zu.

d) Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die geplanten Einsparungen von 500.000 EUR können in diesem Jahr nicht erzielt werden, da gemeinsame Gespräche zu den Kosten einer Fachleistungsstunde mit den Leistungserbringern ergebnislos verlaufen sind. Nun ist mit jedem einzelnen Träger auf der Grundlage einer konkreten Kalkulation ein Stundensatz zu verhandeln.

Die Reduzierung von Fallzahlen im stationären Bereich wurde erreicht. Aufgrund der Komplexität der Fälle wurden aber in Einzelfällen höhere Kosten verursacht, so dass auch hier die geplante Einsparung von 500.000 EUR bisher nicht erzielt werden konnte.

Bei der Tagespflege ist eine vermehrte Inanspruchnahme zu verzeichnen, was zu Aufwandssteigerungen im Tagesbetreuungsbereich führt. Allein im Zeitraum vom 01.01.2010 bis 31.03.2011 kam es zu einem Fallanstieg von 150 Fällen. Derzeit ist für diesen Bereich mit einer Planüberschreitung von ca. 560.000 EUR zu rechnen.

Die Ausdifferenzierung der Angebotsvielfalt konnte aufgrund der noch bis Jahresende bestehenden Kooperationsvereinbarung nicht umfassend umgesetzt werden und wird daher erst mittelfristig zum Ziel führen. Auch der Umorganisationsprozess im Jugendamt wird erst ab 2012 seinen Niederschlag finden. Derzeit ist man noch bei der Personalauswahl/Stellenbesetzung.

2.1.6 Produktbereich 54 Winterdienst

Durch den strengen Winter 2010/2011 fallen im Bereich des Winterdienstes (Streusalz, Unternehmerleistungen, Fahrzeuge und Geräte) insgesamt Mehraufwendungen in Höhe von ca. 800.000 EUR an. Hiervon beträgt der Bundesanteil ca. 40 % und der Landesanteil ca. 35 %. Der Kreisanteil beläuft sich auf ca. 25 %. Diese Aufwendungen werden dem Gemeinschaftsaufwand zugerechnet. Bundes- und Landesanteil müssen vom Landkreis vorfinanziert werden.

2.1.7 Produktgruppe 61.20 Globaler Minderaufwand

Bei einer konsequenten Umsetzung der von den Ämtern gemachten Vorschläge ist eine Erwirtschaftung des veranschlagten Minderaufwandes in Höhe von 1,545 Mio. EUR möglicherweise erreichbar. Dies wird insbesondere auf Grund der nicht eingeplanten pauschalen Zuweisungen für die Flüchtlingsaufnahme möglich.

2.2 Finanzhaushalt

2.2.1 Produktgruppe 21.30 Neubau Kaufmännische Schule Bad Urach

Nach dem Stand der Baumaßnahme und dem aktuellen Mittelabflussplan kommen von den eingeplanten 6,8 Mio. EUR bis Ende 2011 lediglich 5,8 Mio. EUR zur Auszahlung. Die Baumaßnahme wurde mit einem Teil der Baukosten bereits in das Schulbauförderprogramm 2011 aufgenommen. Mit einem nicht eingeplanten Landeszuschuss in Höhe von ca. 1,4 Mio. EUR kann noch im Jahr 2011 gerechnet werden.

2.2.2 Produktgruppe 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Für den Ankauf eines Objektes für eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Spätaussiedlern wird eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 520.000 EUR notwendig. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in Form von pauschalen Erstattungen vom Land für die Flüchtlingsaufnahme (vgl. KT-Drucksache Nr. VIII-0342).

3. Liquidität

Die Liquidität war in den ersten fünf Monaten sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung bereits langfristige Kredite in Höhe von insgesamt 11,7 Mio. EUR aufgenommen. Weitere Kreditaufnahmen in Höhe von ca. 13 Mio. EUR werden voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 erforderlich. Die Entwicklung der Liquidität des Landkreises in den Jahren 2010 und 2011 ist aus Anlage 2 ersichtlich.

4. Vorausschau

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung (Ende Mai 2011) muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von ca. 1,2 Mio. EUR gerechnet werden, wie die beiliegende Übersicht zeigt. Die Basis von fünf Monaten ist für eine Jahresprognose jedoch sehr schmal, deshalb können sich im Laufe des Jahres noch erhebliche Veränderungen ergeben.